

## N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 25.11.2015 im Ratssaal des  
Friedrichsbau, Bühl, Friedrichstraße 2,

Sitzungsdauer: 17:05 Uhr bis 19:50 Uhr

- - - - -

### Anwesend sind:

#### **Vorsitzender**

Oberbürgermeister Hubert Schnurr

#### **Gremiumsmitglied**

Stadträtin Barbara Becker

Stadtrat Stefan Böckeler

Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm

Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger

Stadtrat Franz Fallert

Stadtrat Daniel Fritz

Stadtrat Timo Gretz

Stadtrat Oswald Grißtede

Stadtrat Peter Hirn

Stadtrat Lutz Jäckel

Stadtrat Hans-Jürgen Jacobs

Stadtrat Patric Kohler

Stadtrat Ludwig Löschner

Stadtrat Manfred Müller

Stadtrat Ulrich Nagel

Stadtrat Michael Nock

Stadtrat Hubert Oberle

Stadtrat Dr. Jan Ernest Rassek

Stadtrat Walter Seifermann

Stadtrat Peter Teichmann

Stadtrat Johannes van Daalen

Stadtrat Thomas Wäldele

Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg

Stadtrat Jörg Woytal

#### **Ortsvorsteher**

Ortsverwaltung Neusatz, Wolfgang Bohnert ab 18:15 Uhr anwesend

Ortsverwaltung Weitenung, Daniel Fritz

Ortsverwaltung Altschweier, Manfred Müller

Stellv. Ortsvorsteher Vimbuch, Volker Leppert ab 18:40 Uhr anwesend

Ortsvorsteher Vimbuch, Manuel Royal bis 18:40 Uhr anwesend

#### **Verwaltung**

Erster Beigeordneter, Wolfgang Jokerst

Bürgerservice-Recht-Zentrale Dienste,

Martin Bürkle

Finanzen, Johanna Balaskas

Bildung-Kultur-Generationen, Klaus Dürk

Stadtentwicklung, Bauen, Immobilien,

Wolfgang Eller

Beteiligungsmanagement, Jörg Zimmer  
Revision, Thomas Bauer  
Rechts- und Ausländerwesen,  
Elisabeth Beerens  
Zentrale Dienste, Reinhard Renner  
Projektsteuerung und Administration,  
Daniel Back  
Klimaschutz und Energie, Markus Benkeser  
Wirtschafts- und Strukturförderung/Baurecht,  
Corina Bergmaier  
Ordnungsamt, Andreas Bohnert  
Steuern und Beiträge, Michael Burkart bis 18:10 Uhr anwesend  
Städtische Verwaltungsstelle Balzhofen,  
Thomas Haunß  
Stadtentwicklung, Bauen, Immobilien,  
Melina Hillinger  
Umwelt und Außenanlagen, Werner Jansen  
Stadtplanung, Ulrike Kiewitt  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,  
Katrin König  
Grundstücksmanagement, Bernd Übelin

Zuhörer/innen	5
Pressevertreter	4

**Entschuldigt fehlen:**

**Gremiumsmitglied**

Stadtrat Bernd Broß  
Stadträtin Ursula Zink-Ohnemus

## **Tagesordnung**

1. Bürgerfragestunde
2. Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.10.2015 gefassten Beschlusses
3. Verabschiedung des Nachtragshaushaltsplans 2015
4. Festsetzung der Realsteuer-Hebesätze; Satzungsbeschluss
5. Kalkulation der getrennten Abwassergebühren für das Wirtschaftsjahr 2016
6. Erhaltungssatzung „Westliche Eisenbahnstraße“ nach § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB in Bühl; Satzungsbeschluss
7. Breitbandversorgung – Interkommunales Breitbandprojekt Mittelbaden; Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung
8. Vorgehen bezüglich der Saatkrähenpopulation
9. Zuschuss an den Tierschutzverein Bühl e.V.
10. Berichte und Anfragen

**Oberbürgermeister Schnurr eröffnet die Sitzung und stellt die entschuldigten Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.**

### **TOP 1: Bürgerfragestunde**

Von den anwesenden Bürgerinnen und Bürger werden keine Fragen an die Verwaltung gerichtet.

### **TOP 2: Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.10.2015 gefassten Beschlusses**

Oberbürgermeister Schnurr gibt den in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.10.2015 gefassten Beschluss (TOP 1) bekannt.

### **TOP 3: Verabschiedung des Nachtragshaushaltsplans 2015**

Frau Balaskas, Finanzen, erläutert die sich seit der Einbringung des Nachtragshaushaltsplans ergebenen Änderungen, die zu einem positiveren Ergebnis führen.

Stadträtin Dr. Burget-Behm sichert zwar die Zustimmung der CDU-Fraktion zu, macht jedoch einige kritische Anmerkungen. Angesichts der hohen Kosten für den externen Berater von mittlerweile über 640.000 Euro stellt sich für sie die Frage, ob der Berater richtig eingesetzt wurde und ob der Gemeinderat und die Verwaltung seinen Vorschlägen gefolgt sind. Angesichts der zum Teil nicht erreichten Ergebnisse scheint dies nur halbherzig erfolgt zu sein. Da man noch viel größere Sparbemühungen unternehmen muss, stellt sie für die CDU-Fraktion den Antrag, noch vor den Haushaltsberatungen im kommenden Jahr eine Gemeinderatssitzung einzuberufen, die sich ausschließlich den Sparmöglichkeiten im städtischen Haushalt widmet, sowie auch der Frage, wie man mehr Gewerbesteuer erhalten kann, ohne diese zu erhöhen.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger betont, dass man dann unter die Aufsicht des Regierungspräsidiums kommt, wenn man jetzt keine Maßnahmen ergreift. Mit den in diesem Nachtrag vorgesehenen Maßnahmen kann dies verhindert werden. Die FW-Fraktion stimmt, wenn auch ungerne, dem Beschlussvorschlag zu. Er geht auf einige Eckpunkte in dem vorgelegten Nachtragshaushaltsplan ein. Sollte die Gewerbesteuer auch in den kommenden Jahren auf diesem Niveau stagnieren, wonach es leider aussieht, wird es noch manche schmerzhaften Eingriffe geben, die die meisten Bürger spüren werden, die Leistungen von der Stadt Bühl beziehen.

In seiner Stellungnahme geht auch Stadtrat Grißtede auf die finanzielle Situation der Stadt und der Notwendigkeit dieses Nachtragshaushalts ein. Angesichts der bereits erzielten Ergebnisse beim Projekt „Stadt Bühl 2016“ meint er jedoch, dass sich die Kosten für den externen Berater längst bezahlt gemacht haben. Angesichts des weiteren Defizits durch den jetzigen Gewerbesteuerrückgang sind jedoch weitere Anstrengungen notwendig. Er macht weitere Ausführungen zu Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen. Abschließend sichert er die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Nachtragshaushaltsplan zu.

Stadtrat Seifermann ist jedenfalls der Meinung, dass man noch weit größere Anstrengungen unternehmen muss und dass man dafür sicherlich auch entsprechenden Gegenwind zu erwarten hat. Auch er denkt, dass der externe Berater sein Geld wert war, auch vor dem Hintergrund der Einsparung von 17 Personalstellen. Er sichert die Zustimmung der GAL-Fraktion zum Nachtragshaushaltsplan zu.

Stadtrat Dr. Rassek hat in der derzeitigen Situation nichts gegen eine Kreditaufnahme und auch nicht dagegen, dass das Regierungspräsidium ein Auge darauf wirft, was die Stadt Bühl alles unterhält. Er erwartet auch positive Aspekte, wenn man von außen gesagt bekommt, wo man steht. Auch er meint, dass sich der externe Berater zwar rentiert hat, dass man aber die Ziele nicht erreicht hat. Er äußert Sympathie für den Vorschlag von Stadträtin Dr. Burget-Behm und sichert ebenfalls Zustimmung der FDP-Fraktion zum Beschlussvorschlag zu.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die beigefügte Nachtragshaushaltssatzung 2015.

#### **Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)**

#### **TOP 4: Festsetzung der Realsteuer-Hebesätze; Satzungsbeschluss**

In seinen einführenden Erläuterungen geht Oberbürgermeister Schnurr auf die bisher erreichten Einsparziele ein und auch auf die durchgeführte Betriebsbefragung, wonach das Thema Gewerbesteuer zwar ein Faktor, jedoch kein entscheidender Faktor ist. Er erklärt sich auch gerne bereit, die Wirtschaftsförderung der Stadt Bühl offen zu legen und darzulegen.

Stadtrat Dr. Rassek stellt den Antrag, den Hebesatz bei der Gewerbesteuer nur um 20 Punkte auf 370 v.H. zu erhöhen. Er erläutert seinen Antrag unter Bezug auf die Klausurtagung, in welcher die Verwaltung genau diesen Vorschlag mit vielen weiteren Vorschlägen zu Ausgabenreduzierungen und Einnahmeerhöhungen vorgelegt hat.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass im Vorfeld eine weitere Erhöhung um diese 5 Punkte diskutiert wurde und dass er letztlich dem Stimmungsbild des Gemeinderates in der Klausurtagung gefolgt ist, wonach eine Mehrheit diese weitere Erhöhung mittragen würde. Gerade auch angesichts der Prioritäten der Wirtschaft wird die Stadt, z.B. auch mit diesen Mehreinnahmen, in die Infrastruktur für die Betriebe investieren müssen, insbesondere bei der Breitbandversorgung.

Auch Stadträtin Dr. Burget-Behm geht in ihren Äußerungen auf die Klausurtagung ein und betont, dass der Vorschlag, die Gewerbesteuer über den Verwaltungsvorschlag hinaus um weitere 5 Prozentpunkte zu erhöhen, zwar aus den Reihen der CDU-Fraktion kam, jedoch nicht mit der Fraktion abgestimmt war. Eigentlich war gedacht, dass dieser neue Vorschlag in der Klausur diskutiert wird, jedoch wurde er gleich auch seitens der Verwaltung aufgenommen. Die CDU-Fraktion hat jetzt diese Diskussion in ihrer eigenen Fraktion nachgeholt. Dort ist man mehrheitlich zu dem Entschluss gekommen, die ursprünglich geplante Erhöhung auf 370 v.H. zu akzeptieren, jedoch die weitere Erhöhung auf dann 375 v.H. abzulehnen. Sie geht nochmals auf ihren Vorschlag im vorangegangenen Tagesordnungspunkt ein, eine außerordentliche Gemeinderatssitzung zum Thema nachhaltiges Sparen und Aktivitäten der Wirtschaftsförderung zur Erhöhung des Gewerbesteueraufkommens zur Ansiedlung neuer Betriebe abzuhalten.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass man sich diesen Vorschlag zu Eigen machen wird, da man ohnehin eine zweite Klausurtagung abhalten möchte. In dieser Klausur oder einer der nächsten Gemeinderatssitzungen wird man dann auch das Thema Wirtschaftsförderung ganz transparent darstellen.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger weist auf die Tatsache hin, dass der Haushalt durch den neuerlichen Gewerbesteuereinbruch in Schieflage geraten ist und durch Reduzierung der Ausgaben allein nicht auszugleichen ist. Man ist dabei, nach und nach die Entgelte auf ein vergleichbares Niveau anzuheben. Bei der Klausurtagung vor einigen Jahren wurde ebenfalls vereinbart, sich bei den Hebesätzen für die Grundsteuer und Gewerbesteuer an dem Landesdurch-

schnitt zu orientieren. Er betont auch, dass der erste große Gewerbesteuereinbruch zu einer Zeit erfolgte, als man bei diesen Hebesätzen noch weit über dem Landesdurchschnitt war. Leider ist es nicht möglich, nur für diese Betriebe die Hebesätze zu erhöhen, die durch Umstrukturierungen oder andere legale Steuersparmodelle ihre Steuerschuld reduzieren können. Angesichts der Tatsache, dass andere Faktoren mehr im Vordergrund stehen als der Gewerbesteuerhebesatz, ist er der Meinung, dass man hier noch keine wirtschaftsfeindliche Politik betreibt. Abschließend sichert er deshalb die Zustimmung der FW-Fraktion zu diesen Hebesatzänderungen zu.

Stadtrat Seifermann betont, dass die Stadt ihren Haushalt in Ordnung bringen muss, weshalb man neben Einsparungen bei den Personal- und Sachkosten auch jetzt diese Steuern erhöhen muss. Ziel muss auf jeden Fall sein, die politische Handlungsfähigkeit zu erhalten, ohne sich dauerhaft zu verschulden. Er hält es für das Recht des Gemeinderates, zu diskutieren und durchaus auch zu einer anderen Meinung zu kommen, als es die Verwaltung vorgeschlagen hat. Er sichert die Zustimmung der GAL-Fraktion zu diesen Erhöhungen zu.

Stadtrat Grißtede geht in seinen Ausführungen nochmals auf die Diskussion in der Klausurtagung zum Thema Hebesatzerhöhungen ein. Er betont auch nochmals die Aussage, dass es wichtig ist, dass man gemeinsam die mehrheitlich beschlossenen Dinge nach außen verfolgt und nicht jeder an der einen oder anderen Stelle ausschert. Mit der jetzt vorgeschlagenen Erhöhung auf 375 Punkte ist man beim Landesdurchschnitt oder noch leicht darunter und es ist auch klar, dass dieses Geld benötigt wird. Er ist deshalb der Meinung, dass man dem zustimmen kann.

Auch Stadtrat Dr. Rassek geht nochmals auf die Vorgänge in der Klausurtagung ein und stellt seinen Standpunkt klar.

Stadträtin Dr. Burget-Behm betont nochmals, dass für die Mehrheit der CDU-Fraktion 370 v.H. Prozentpunkte bei der Gewerbesteuer die gerechtere Alternative ist. Sie bitte außerdem darum, über diese einzelne Hebesätze getrennt abzustimmen.

Stadtrat Hirn betont nochmals, dass die Stadt auf diese Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer angewiesen ist.

Auf Äußerungen von Stadträtin Dr. Burget-Behm, dass man mit 375 Punkten bereits leicht über dem Landesdurchschnitt liegt, erwidert Stadtrat Grißtede, dass er den Vergleich mit allen Städten über 20.000 Einwohnern gezogen hat, wonach man noch etwas unter dem Durchschnitt liegt.

In ähnlicher Weise wie Stadtrat Hirn äußert sich auch Stadtrat Prof. Dr. Ehinger nochmals dahingehend, dass man sicherlich nicht behaupten kann, Befürworter von 370 Punkten sind wirtschaftsfreundlich und Befürworter von 375 Punkten wirtschaftsfeindlich.

Über den Antrag von Stadtrat Dr. Rassek, den Hebesatz bei der Gewerbesteuer nur um 20 Punkte auf 370 v.H. zu erhöhen, wird abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung**

Der Antrag ist damit abgelehnt

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die als Anlage beigefügte Hebesatzung unter Festsetzung der folgenden Steuerhebesätze:

Für die Gewerbesteuer auf 375 v.H.

**Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung**

Für die Grundsteuer A auf 335 v.H.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)**

Für die Grundsteuer B auf 375 v.H.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)**

#### **TOP 5: Kalkulation der getrennten Abwassergebühren für das Wirtschaftsjahr 2016**

Stadträtin Becker verlässt vorübergehend die Sitzung und nimmt an der Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teil.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, das gebührenrechtliche Ergebnis des Jahres 2011 (-197.651,66 €) durch anteilige Einstellung des Verlustes i.H.v. 182.651,66 € in die Gebührenkalkulation 2016 nunmehr vollständig auszugleichen

1. Der Gemeinderat beschließt für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung eine Gebühr in Höhe von **2,20 €/m<sup>3</sup>**
2. Der Gemeinderat beschließt für die Niederschlagswasserbeseitigung eine Gebühr in Höhe von **0,26 €/m<sup>2</sup>**

**Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)**

#### **TOP 6: Erhaltungssatzung „Westliche Eisenbahnstraße“ nach § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB in Bühl; Satzungsbeschluss**

Stadträtin Dr. Wendenburg wirkt auf Grund Befangenheit bei der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht mit.

Stadträtin Dr. Burget-Behm stellt in ihren Ausführungen nochmals die ablehnende Haltung der CDU-Fraktion dar und betont nochmals, dass man hier auf Jahre eine Brache geschaffen hat.

Im Gegensatz dazu betont Stadtrat Seifermann, dass seiner Meinung nach die Eisenbahnstraße sehr wohl ein Ensemble darstellt und schützenswert ist. Er spricht sich für die Erhaltungssatzung aus, da es sich lohnt, um den Erhalt dieses Gebäudes zu kämpfen.

Auch Stadtrat Prof. Dr. Ehinger geht auf die Entwicklung in dieser Angelegenheit ein und betont, dass der Eigentümer des betroffenen Hauses keine einfache Person ist. Er sichert die Zustimmung der FW-Fraktion zum Beschlussvorschlag zu und freut sich, dass in den Plan auch die von seiner Fraktion vorgeschlagenen zwei weiteren Gebäude mitaufgenommen wurden.

Stadtrat Grißtede beleuchtet ebenfalls die Vergangenheit und geht auf das Verhalten des Eigentümers ein. Auch er betont den Ensemblecharakter und sichert die Zustimmung der SPD-Fraktion zu dieser Erhaltungssatzung zu.

Auch Stadtrat Dr. Rassek betont, dass diese Erhaltungssatzung Sinn macht. Er geht davon aus, dass die jetzigen Brachen nicht allzu lange so bleiben werden, sondern dass sich bald etwas tun wird.

Stadträtin Dr. Burget-Behm erklärt, dass die Versuche, mit dieser Person zu sprechen, aufgrund des Verhaltens der Verwaltung erfolglos geblieben sind.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass ihm im Laufe seines langen Berufslebens noch nie eine solche Person begegnet ist.

Stadtrat Oberle bekräftigt seine ablehnende Haltung und erklärt, dass er nicht nachvollziehen kann, warum Gebäude, für die kein Denkmalschutz besteht, mit Auflagen bedacht werden sollen. Er erinnert nochmals an den ursprünglichen Aufstellungsbeschluss für dieses Gebiet, wonach gerade dieses Gebäude hätte abgerissen werden können.

Oberbürgermeister Schnurr verweist auf das normale Bebauungsplanverfahren, in welchem die Bürger in den Offenlagen ihre Anregungen vorbringen können. Dies ist auch erfolgt und danach hat sich der Gemeinderat entschieden, dieses Haus zu erhalten. Aufgrund des fehlenden Denkmalschutzes hat der Gesetzgeber den Kommunen die Möglichkeit einer Erhaltungssatzung an die Hand gegeben, wovon hier Gebrauch gemacht wird.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger geht ebenfalls nochmals auf die Entwicklung in dieser Angelegenheit ein, die letztlich zu dieser Erhaltungssatzung geführt hat.

Stadträtin Dr. Burget-Behm betont nochmals, dass man zwar dieses Gebäude auch erhalten wollte, aber nicht um jeden Preis.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die Satzung gemäß § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebietes „**Westliche Eisenbahnstraße**“ (Erhaltungssatzung „Westliche Eisenbahnstraße“) mit Abgrenzungsplan und Begründung vom 06. August 2015.

**Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung**

#### **TOP 7: Breitbandversorgung – Interkommunales Breitbandprojekt Mittelbaden; Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung**

Herr Benkeser, Klimaschutz und Energie, geht in seiner Präsentation ausführlich auf die Thematik Breitbandversorgung und die vorgesehene interkommunale Zusammenarbeit ein und steht für Fragen der Gemeinderatsmitglieder zur Verfügung.

Aus allen Redebeiträgen kommt nicht nur die Zustimmung zu diesem Projekt zum Ausdruck, sondern es wird auch immer wieder die Wichtigkeit einer guten Internetverbindung als Infrastrukturmaßnahme für die Betriebe betont.

In den Wortbeiträgen werden immer wieder die Vorteile benannt, die sich bei dieser interkommunalen Zusammenarbeit hinsichtlich der Fördermöglichkeiten ergeben.

Herr Benkeser sagt auf entsprechende Nachfrage aus den Reihen des Gemeinderates auch zu, dass die Gemeinderatsmitglieder die Präsentation per E-Mail erhalten werden.

#### **Beschluss:**

- Der Gemeinderat beschließt eine interkommunale Zusammenarbeit mit den umliegen-

den Gemeinden. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach Genehmigung der Rechtsaufsicht zu unterzeichnen.

- Die Verwaltung wird beauftragt, zur Konkretisierung des Projektes die notwendigen Planungen, Ausschreibungen, Genehmigungsverfahren zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen

### **Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)**

#### **TOP 8: Vorgehen bezüglich der Saatkrähenpopulation**

Herr Jansen, Umwelt- und Außenanlagen, geht in seinem Vortrag darauf ein, wie man zukünftig bezüglich der Saatkrähenpopulation vorgehen kann. In der anschließenden Diskussion geht er auf Fragen der Gemeinderatsmitglieder ein.

Allgemein wird darum gebeten, die zulässigen Maßnahmen zu ergreifen, um die zum Teil unerträglichen Situationen zumindest zu verbessern.

Auf entsprechende Nachfrage zur geplanten Bürgerinformation in Vimbuch antwortet Oberbürgermeister Schnurr, dass man diese in der Tat Anfang des kommenden Jahres durchführen möchte.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, künftig nach dem mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmten Prüfbogen die Beurteilung über das weitere Vorgehen bezüglich der Saatkrähenpopulation vorzunehmen.

### **Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)**

#### **TOP 9: Zuschuss an den Tierschutzverein Bühl e.V.**

#### **Beschluss:**

Der Tierschutzverein Bühl e. V. erhält im Jahr 2015 einen Barzuschuss in Höhe von 2.000,- €.

### **Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)**

#### **TOP 10: Berichte und Anfragen**

##### **Bekanntgabe des Oberbürgermeisters**

##### **Hochwasserschutz - Baumaßnahme in Ottersweier**

Anfrage Stadtrat Oberle GR 23.09.2015

Die Gemeinde Ottersweier ist bei dieser Maßnahme genau so weit wie die Stadt Bühl, nämlich noch in der Planung.

##### **Brandschutzklappen Friedrichsbau**

Anfrage Stadträtin Dr. Burget-Behm GR 01.07.2015, ob die als temporärer Ersatz gedachten

funkvernetzten Rauchmelder als Dauerlösung bleiben können.

Dies ist auf Dauer so nicht zulässig, d.h. aufgrund der Situation (Umbau Rathaus I und II usw.) kann die Lösung mit funkvernetzten Rauchmeldern nur bis 2017 bleiben. Der Friedrichsbau darf dabei weiterhin nicht als Versammlungsstätte im Sinne der Verordnung genutzt werden.

### **Stromtrasse**

Stadtrat Fritz bittet darum, dass man bezüglich der neuen Stromtrasse bzw. der Ertüchtigung der bestehenden Stromtrasse den Schulterschluss mit den umliegenden Gemeinden sucht.

Oberbürgermeister Schnurr bestätigt nicht nur, dass dies so ist, sondern dass auch der Landkreis und der Regionalverband hier mit im Boot sind.

### **Charakter der Klausurtagung/Sanktionen bei Pflichtverletzung**

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Grißtede antwortet Herr Renner, Zentrale Dienste, dass zwar eine Klausurtagung des Gemeinderats in der Tat keine formelle Gemeinderatssitzung ist, dass man aber wie zu einer nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung eingeladen hat. Somit war jedem, auch aus der Natur der Sache heraus, klar, dass es sich hier um eine nichtöffentliche Angelegenheit handelt. Es liegt also keine Verletzung nach der Verschwiegenheitspflicht nach dem Spezialparagraph 35 GemO vor, wohl gilt aber die allgemeine Regelung zur Verschwiegenheitspflicht der ehrenamtlich Tätigen nach § 17 der Gemeindeordnung. In der Zuständigkeit des Gemeinderates besteht die Möglichkeit, z.B. ein Ordnungsgeld zwischen 50 Euro und 1.000 Euro zu verhängen, und zwar in den vorgeschriebenen formellen Verfahren. Dies ist in den letzten Jahrzehnten sicherlich in Bühl noch nicht vorgekommen. Der Gemeinderat könnte es, was sich anbietet, auch bei einer ernstlichen Ermahnung belassen. Das Beste wäre natürlich, so wie das in Bühl bisher immer gehandhabt wurde, dass der Oberbürgermeister sich persönlich mit dem Betroffenen schriftlich oder mündlich auseinandersetzt und die Angelegenheit auf diese Weise bereinigt. Ein Sitzungsausschluss ist in einer solchen Situation jedoch sicherlich unverhältnismäßig.

Auf entsprechende Äußerungen von Stadtrat Dr. Rassek zu dieser Thematik sagt Oberbürgermeister Schnurr zu, dass man zukünftig in solchen Fällen extra auf die angeordnete Verschwiegenheit hinweisen wird, um solche Vorfälle wie bei der letzten Klausurtagung von vornherein vermeiden zu können. Er betont aber auch, dass man auf dieses Thema nochmals in der nächsten Runde der Fraktionsvorsitzenden eingehen wird.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister:

Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Der Schriftführer:

Reinhard Renner

